

Zusammenstellung der Ereignisse in der Ukraine vom dem 18. bis 28. Februar 2014

Wir versuchen hier, die wichtigsten Ereignisse zusammenzustellen. Als Quelle dienen – sofern nicht anders angegeben die Minutenprotokolle des Portals <http://www.russland.ru> .

Mit Ausnahme des 18.2. werden jeweils wichtige Ereignisse aufgezählt und anschließend mit einigen Nachrichten belegt.

Dienstag, 18. Februar 2014

Zuspitzung der Situation in Kiew – hier beginnt das Minutenprotokoll von Russland.ru, zunächst mit sehr vielen Kurzmeldungen – nachfolgend einige davon:

15:00 bis 16:00 Uhr

- Oppositionelle fordern die unverzügliche Wiederherstellung der Verfassung von 2004
- Polizei geht gegen Demonstranten vor, „Massenprügelei“ nahe der Obersten Rada
- Der Befehlshaber der Inlandstruppen, General Schuljak hat ein Kommando gegeben, Kampfpatronen an die Soldaten zu verteilen
- Anführer der ukrainischen Partei „Swoboda“ Oleg Tjagnibok hat allgemeine Mobilmachung angekündigt

16:00 bis 17:00 Uhr

- „Berkut“ ergreift eine Offensive in der Institutskaja Straße in Richtung des Unabhängigkeitsplatzes. An der Kreuzung der Institutskaja Straße und der Schelkowitschnaja Straße kam es erneut zu einer Prügelei
- Acht Kämpfer der Inlandstruppen sind bei Zusammenstößen in Kiew verletzt worden. Sie wurden in ein Krankenhaus eingewiesen
- Mehrere Autoreifen sind von den ukrainischen Protestlern in Brand gesetzt worden, Die Sicherheitskräfte setzen einen Feuerlöschhydranten gegen die Aktivisten ein
- “Berkut” und die sogenannten “Tituschki” (von den Machthabern angeworbene Jugendliche) haben das brennende Büro von Partei der Regionen in der Lipskaja Straße freibekommen
- Die ukrainische Gesundheitsministerin Raissa Bogatyrjowa ist im Marrinsky Park von Demonstranten mit Steinen beworfen worden

17:00 bis 18:00 Uhr

- Koschara erwartet von anderen Staaten scharfe Kritik am Radikalismus in Kiew
- Zentraler Eingang in Oberster Rada entsperrt
- Kiewer Stadtverwaltung in Brand gesetzt
- Armee droht mit “entsprechender Reaktion” auf die Besetzung des Offiziershauses
- Zarew meint, der Präsident solle den Maidan mit Gewalt auseinandertreiben
- Zarew: Zwei Mitarbeiter beim Sturm der Partei der Regionen getötet
- Streitkräfte schießen auf Institutska-Straße auf die Protestler, es wurde ein Wasserwerfer vor Ort gebracht.
- Miliz: Aktivisten besetzen Kiewer Stadtverwaltung erneut

18:00 bis 19:00 Uhr

- Demonstranten treiben Sicherheitskräfte aus der Schowkowitschna-Straße
- “Berkut” verdrängt die Demonstranten aus der Institutska-Straße

- Partei “Udar” ruft Vertreter internationaler Organisationen auf, im Offiziershaus einzutreffen
- “Berkut” stürmt Barrikaden auf der Institutska-Straße mit Hilfe des Wasserwerfers
- “Berkut” besetzt Europa-Platz und treibt die Menschen auf Maidan
- Sicherheitsrat und Innenministerium der Ukraine drohen mit Gegenmaßnahmen, falls die Opposition die Menschen nicht beruhigt
- Rund 150 Aktivisten bei Zusammenstößen mit Sicherheitsorganen verletzt
- Ein Toter neben Barrikade auf der Institutska-Straße
- Sicherheitskräfte umzingeln Ukrainisches Haus
- “Berkut” verdrängt Demonstranten aus dem Oktober-Palast

19:00 bis 20 Uhr

- Totale Mobilmachung in Lwiw und Ternopil angeordnet
- Janukowitsch trifft sich am Mittwoch mit Oppositionsleitern
- Demonstranten wollten Petschersker Bezirksabteilung demolieren

20:00 bis 21:00 Uhr

- Rund 20.000 Menschen auf dem Maidan
- Ukrainisches Innenministerium meldet Tod eines Milizionärs wegen Schusswunde
- Noch zwei Leichen neben U-Bahnstation “Chreschtschatyk” auf der Institutska-Straße entdeckt
- Berlin fordert ukrainische Behörden und Opposition zu Fortsetzung der Verhandlungen auf
- Ukrainisches Innenministerium ordnet Mobilmachung neben Barrikaden auf Maidan an
- Mehrere Dutzend Menschen mit Kalaschnikows auf Europa-Platz eingetroffen

21:00 bis 22:00 Uhr

- Maidan-Protestler besetzen erneut Gebietsverwaltung in Iwano-Frankiwsk
- Acht Tote bei Unruhen in Kiew
- Innenministerium meldet Tod eines zweiten Milizionärs
- 59 Teilnehmer der Massendemonstrationen in Kiew ins Krankenhaus eingeliefert
- Ministerkanibett ruft für Kiew Ausnahmezustand aus, Einfuhr in die Stadt beschränkt
- Janukowitsch setzt Treffen mit Oppositionsleitern am Dienstag auf 22.00 MEZ fest

22:00 bis 23:00 Uhr

- Miliz beginnt Sturmangriff auf Maidan
- Sicherheitskräfte greifen Protestler von der Institutska-Straße mit Wasserwerfern an
- Sicherheitskräfte treiben Protestler auf Maidan mit Wasserwerfern auseinander
- Zelte der Protestler brennen auf Maidan

23:00 bis 0:00 Uhr

- Erster Toter beim Sturm des Maidan
- Volksabgeordneter Andrei Parubi erleidet Schlaganfall
- Drei Milizionäre bei Zusammenstößen ums Leben gekommen

Mittwoch, 19. Februar 2014

Die Situation in Kiew spitzt sich weiter zu:

- am Vortag 500 Verletzte, davon 300 Sicherheitskräfte
- Janukowitsch versucht, Kompromiss mit Opposition zu schließen
- Besetzung öffentlicher Gebäude und Einrichtungen durch Demonstranten; dabei werden größere Mengen an Schusswaffen und Munition entwendet

- USA machen Jakunowitsch für Gewalt verantwortlich
- Russland warnt bereits hier vor radikalen Kräften und führt Situation auf Verhalten des Westens zurück
- Außenminister Deutschlands, Polens und Frankreichs planen Reise nach Kiew
- Merkel verlangt Sanktionen gegen Ukrainische Regierung
- EU (Schulz) erklärt, Regierung habe Legitimität verloren

Einige wichtige Nachrichten chronologisch:

08:41

Nach der Eskalation versinken die Proteste gegen den Präsidenten Viktor Janukowitsch in Blut und Chaos. Am Dienstagabend rückte die Polizei in Kiew mit Wasserwerfern und Gummigeschossen gegen die Regierungsgegner und deren Stellungen im Kiewer Stadtzentrum vor. Mit Feuerwerkskörpern haben die Demonstranten auf die Sicherheitskräfte reagiert.

09:01

In der Nacht zum Mittwoch erklärte die renommierte Ärztin Olga Bogomolez im oppositionsnahen Fernsehsender 5. Kanal, dass die Kliniken in Kiew nach den Zusammenstößen beider Seiten überfüllt seien. Über 500 Verletzte wurden indes von offizieller Seite gemeldet. Unter ihnen sollen sich insgesamt 300 Sicherheitskräfte befinden.

09:46

Der ukrainische Präsident Viktor Janukowitsch hat in seiner Botschaft an die Nation, die am Mittwoch auf der Homepage des Präsidenten veröffentlicht wurde, die Opposition zu einem Kompromiss aufgerufen.

11:20

Radikale blockieren Checkpoints an der ukrainisch-polnischen Grenze, teilt der ukrainische Staatliche Grenzdienst mit. Am Checkpoint „Krakowez“ setzten rund 40 Menschen Autoreifen in Brand.

11:46

Die Polizei setzt keine Schusswaffen ein, auf Demonstranten schossen „aggressiv gestimmte“ Aktivisten, teilt das ukrainische Innenministerium mit.

11:56

Die Behörden werden trotz der Krawalle Verhandlungen mit der Opposition fortsetzen, sagte die ukrainische Justizministerin Jelena Lukasch. „Wir rechnen mit dem Frieden, mit einem Dialog. Wir sind gegen die Gewalt in allen ihren Formen. Die Verhandlungen werden fortgesetzt“, so Lukasch.

12:53

Hunderte Menschen haben sich in Simferopol vor dem Obersten Rat der Krim versammelt. Sie fordern von den Behörden, den Krawallen in Kiew ein Ende zu setzen.

12:56

US-Außenminister John Kerry und US-Vizepräsident Joe Biden haben Janukowitsch aufgerufen, die inakzeptable Gewalt auf Straßen zu stoppen und einen Dialog mit der

Opposition mit Rücksicht auf die Forderungen der ukrainischen Bürger aufzunehmen, heißt es auf der Webseite des US-Außenministeriums

12:58

Die Ereignisse vom Dienstag stellen einen Versuch der Extremisten dar, die Macht in der Ukraine zu übernehmen. Dies teilte der amtierende Premier des Landes, Sergej Arbusow, in einer Regierungssitzung mit.

Wie er dabei hervorhob, verurteilen die ukrainische Regierung und die Weltgemeinschaft die Gewalt und Aggression.

„Die Protestteilnehmer hatten die Verwaltungsgebäude bereits geräumt. Gestern Abend haben jedoch die radikalisierten Demonstranten die Unruhen im Zentrum Kiews provoziert“, sagte Arbusow. „Das ist keine Präsentation der Demokratie und der zivilen Position der Menschen. Das ist eine Manipulation mit dem Bewusstsein der Bürger und ein Versuch, die Macht zu ergreifen“, sagte er.

13:21

Der polnische Premier Donald Tusk ruft zur Verhängung von Sanktionen gegen die Ukraine auf.

13:29

Das Gewerkschaftshaus ist in Kiew durch den Brand vernichtet worden.

13:35

Protestler haben in der Nacht zum 19. Februar die regionale Verwaltung der Polizei, des Sicherheitsdienstes und der Staatsanwaltschaft besetzt.

14:38

„Die Geschehnisse im Zentrum von Kiew sind ein direktes Ergebnis der Duldung seitens derjenigen westlichen Politiker und der europäischen Gremien, die ein Auge bei den aggressiven Handlungen der radikalen Kräfte in der Ukraine zudrücken und somit diese zur Eskalation der Gewalt und Provokationen gegenüber den legitimen Behörden aufmuntern“, heißt es in einem Kommentar des Departements für Information und Presse des russischen Außenministeriums.

„Wir rufen erneut die ukrainische Opposition dazu auf, auf die Drohungen und Ultimaten zu verzichten und einen konstruktiven Dialog mit der Regierung zwecks Überwindung der Krise in der Ukraine einzuleiten“, heißt es in dem Dokument.

15:10

Ukrainische Oppositionelle werden sich um 13 Uhr (Ortszeit) mit Botschaftern ausländischer Staaten in der deutschen Botschaft treffen.

15:26

Demonstranten haben die städtische Polizeiverwaltung in Lwiw besetzt und alle Festgenommene aus der U-Haft entlassen.

16:00

Der amtierende ukrainische Verteidigungsminister Pawlo Lebedew hat den Befehl gegeben, die selbstständige Luftlandebrigade 25 aus Dnipropetrowsk nach Kiew zu entsenden. Dies teilte er Journalisten mit.

„Die Waffenlager werden stärker gesichert, um Entwendung von Waffen, Munition und sonstigem Militärgut zu vereiteln“, so Lebedew.

„Die Informationen darüber, dass Teile und Einheiten der Streitkräfte verlegt werden, um Demonstranten in Kiew auseinanderzujagen, entsprechen der Realität nicht“, betonte der Pressedienst des Verteidigungsministeriums.

16:37

Demonstranten haben das Hauptpostamt auf dem Unabhängigkeitsplatz in Kiew besetzt.

16:53

Das Ministerium für auswärtige Angelegenheiten der Russischen Föderation hat heute eine besondere Erklärung über die Ereignisse in Kiew bekanntgegeben.

Infolge der kriminellen Aktivitäten der radikalen Kräfte der Opposition ist vorige Nacht in Kiew und anderen ukrainischen Städten das Blut vergossen. Es gab Tote und Verwundete sowohl unter der Zivilbevölkerung als auch unter den Mitarbeitern der Sicherheitskräfte, die die berechtigten Interessen des Staates zur Gewährleistung der Rechtsstaatlichkeit verteidigen. In den westlichen Regionen der Ukraine kam es zur Besetzung der Gebäude der Miliz, der Staatsanwaltschaft und Armee-Einheiten. Randalierende Gruppen verhöhnen Mitarbeiter der Miliz, Militärangehörige, Dutzende von denen Verletzungen erlitten haben. In der Tat geht es um einen Versuch, gewaltsam die Macht zu ergreifen.

Empörung weckt die fehlende Reaktion auf die Aktionen der Radikalen seitens der Oppositionsführer, die unter dem Deckmantel der demagogischen Slogans über ein Engagement für Demokratie und europäische Werte eine „braune“ Revolution fördern. Wir sehen auch keine klare Reaktion der europäischen Politiker und Strukturen, die sich weigern, anzuerkennen, dass die gesamte Verantwortung für die Handlungen der radikalen Kräfte in der Ukraine bei der Opposition liegt.

Die russische Seite verlangt, dass die Führer des „Platzes“ (Maidan) das Blutvergießen in ihrem Land stoppen und den Dialog mit den legitimen Behörden ohne Drohungen und Ultimaten sofort wiederaufnehmen.

Die Ukraine ist für Russland ein freundlicher Bruderstaat und ein strategischer Partner, und wir werden allen unseren Einfluss nutzen, um im Land Ruhe und Frieden herzustellen.

17:56

Laut jüngsten Angaben sind bei den Ausschreitungen in Kiew 26 Menschen ums Leben gekommen, weitere 751 Personen haben Verletzungen erlitten. 605 Menschen, 263 Oppositionelle und 342 Sicherheitsbeamten, wurden in Krankenhäuser eingeliefert. Unter den Getöteten sind zehn Polizisten.

18:32

Der Kreml verfolgt aufmerksam die Entwicklung in der Ukraine, hält sich aber weiterhin an das Prinzip der Nichteinmischung, sagte Dmitri Peskow, Pressesekretär des Präsidenten Russlands.

19:25

Nach der Gewalteskalation in der Ukraine haben die Sicherheitsdienste einen landesweiten „Anti-Terror“-Einsatz angekündigt. Das geht aus einer Mitteilung des Leiters des ukrainischen Sicherheitsdienstes Alexander Yakimenko hervor.

Yakimenko fügte hinzu, der ukrainische Präsident Janukowitsch sei bereits darüber informiert worden.

19:47

Radikale haben während des Angriffs auf das Gebäude der regionalen Polizei im ukrainischen Gebiet Wolyn den Gouverneur Alexander Baschkalenko am Kopf verletzt und ihn dann mit Handschellen an die Bühne gefesselt, berichten lokale Medien.

Laut Journalisten wurde der Gouverneur festgehalten, als er zu der Demonstrantenmenge ging. Man forderte von Baschkalenko, einen Rücktritts Antrag zu unterzeichnen.

In der Zwischenzeit wurde in der Stadt Chmelnytski während der Erstürmung des Gebäudes des Sicherheitsdienstes der Ukraine durch die Oppositionellen von einem Scharfschützen aus einem vorbeifahrenden Auto eine Frau erschossen, berichten Medien.

Augenzeugen behaupten, dass auf die Frau sechs bis acht Kugeln abgefeuert wurden und sie in einem Krankenwagen starb.

20:16

Der deutsche Außenminister Steinmeier plant angesichts der Lage in der Ukraine gemeinsam mit seinen polnischen und französischen Amtskollegen, Radoslaw Sikorski und Laurent Fabius, morgen früh nach Kiew zu reisen. Die Reise erfolgt in Absprache mit der hohen Beauftragten für die Europäische Außenpolitik Catherine Ashton.

20:17

Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und Frankreichs Präsident François Hollande haben sich für Sanktionen gegen die Urheber der Gewalt in der Ukraine ausgesprochen.

Die EU-Außenminister sollen auf ihrer Sondersitzung zur Lage in der Ukraine am Donnerstag entscheiden, welche spezifischen Sanktionen verhängt werden, sagte die Kanzlerin bei einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Hollande am Mittwoch in Paris. "Diejenigen, die sich für diese Taten zu verantworten haben, müssen wissen, dass sie auf jeden Fall sanktioniert werden", so Merkel.

"Die Bilder, die uns seit gestern von dort erreichen, sind schockierend." Hollande sprach mit Blick auf die Lage in der Ukraine von "Ereignissen, die nicht toleriert werden können" und die er "strengstens verurteilt". Laut Merkel könne nur der politische Dialog Fortschritte bringen. Es gehe um die Fragen einer "Übergangsregierung und freien Wahlen", erklärte die Kanzlerin. Merkel und Hollande waren am Mittwoch zu deutsch-französischen Regierungskonsultationen in Paris zusammengekommen. Die Bundeskanzlerin wurde auf ihrer Reise in die französische Hauptstadt von mehr als einem Dutzend Ministern begleitet.

20:17

Martin Schulz, der Präsident des Europäischen Parlaments, sagt, dass die ukrainischen Behörden durch das gewaltsame Vorgehen gegen Demonstranten in Kiew, das zahlreiche Opfer gefordert hat, ihre Legitimität fast verloren haben. Er fordert zur dringenden Beendigung des weiteren Blutvergießens auf.

20:33

Demonstranten besetzen Gebäude des staatlichen Komitees für Fernsehen im Zentrum von Kiew.

22:00

Radikal gesinnte Oppositionelle in der Ukraine haben in den zurückliegenden 24 Stunden rund 1.500 Schusswaffen und 100.000 Stück Munition entwendet. Das erklärte der ukrainische Sicherheitsdienst SBU am Mittwoch.

Die Extremisten seien bei der Besetzung von Verwaltungsgebäuden in den Besitz von Waffen gelangt, die dort eingelagert worden waren, hieß es.

22:19

Der Euro-Maidan ist kein ziviler Protest, sondern eine gut vorbereitete politische Operation, erklärte der Leiter des Ausschusses der russischen Duma (Unterhaus des Parlaments) für Internationale Angelegenheiten, Alexej Puschkow.

Ihm zufolge könnte der dreimonatige zivile Protest, wie er in den westlichen Medien dargestellt wird, nicht durchhalten, wenn er nicht gut organisiert und im Voraus bezahlt sei. Puschkow stellte fest, dass der Maidan in vielen Regionen der Ukraine keine Unterstützer finde.

Heute sagte außerdem Russlands Außenminister Sergej Lawrow in einem Telefongespräch mit seinem deutschen Amtskollegen Frank-Walter Steinmeier, Russland fordere die EU-Partner auf, ihre Kontakte mit der ukrainischen Opposition dazu zu verwenden, um sie zur Zusammenarbeit mit den Behörden des Landes anzuregen.

23:08

Die Verhandlungen der Opposition mit dem ukrainischen Präsidenten können am späten Mittwochabend stattfinden, teilte die Beraterin des Präsidenten der Ukraine Anna German.

Donnerstag, 20. Februar 2014 – Verhandlungen mit EU-Vertretern

Nur kurzfristig scheint sich die Situation zu beruhigen ...

- zunächst „Waffenruhe“, Verhandlungen Regierung-Opposition sollen fortgesetzt werden
- radikale (bewaffnete) Opposition heizt Stimmung gleichzeitig weiter an, Polizei greift nicht ein
- „Scharfschützen“ eröffnen Feuer auf die Polizei
- Evakuierung der Obersten Rada und der Ministerien
- Beginn der offenen Einmischung der USA mit Drohungen gegen Regierung
- „Demonstranten“ besetzen erneut den Maidan, Sicherheitskräfte werden „gefangen genommen“ oder ergeben sich
- Russland charakterisiert die Situation als „Versuch der Machtergreifung durch Gewalt“
- „Oppositionsführer“ beginnen offen mit Putschvorbereitung
- Verhandlungen Regierung-Opposition mit EU-Außenministern; „Abkommen“
- Lawrow kritisiert Vereinbarungsbruch durch Opposition und Unterstützung durch den Westen

Einige Nachrichten chronologisch:

08:22

Am späten Mittwochabend vereinbarten Präsident Viktor Janukowitsch und die Opposition eine vorläufige Waffenruhe. Das teilten beide Seiten übereinstimmend mit. Ein Sturm von Sicherheitskräften auf den zentralen Unabhängigkeitsplatz stehe derzeit nicht zur Debatte, erklärten die Oppositionsführer Arsenij Jazenjuk und Vitali Klitschko nach einem Treffen mit Präsident Janukowitsch.

09:42

Weder radikal gestimmte Protestler noch die Sicherheitskräfte haben aktive Handlungen unternommen, aber auf Barrikaden im Zentrum von Kiew wurden Autoreifen weiterhin in Brand gesteckt, ab und zu waren Explosionen von Petarden und Schüsse zu hören. Die Polizei reagiert darauf nicht.

Die am Platz stehenden Gebäude sind nach wie vor von Demonstranten besetzt. In der staatlichen Fernseh- und Rundfunkanstalt Gosteleradio sind der Stab des nationalen Widerstandes und eine Sanitätsstelle untergebracht.

11:24

Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier, der polnische Außenminister Radoslaw Sikorski und der französische Außenminister Laurent Fabius sind am Donnerstag in Kiew eingetroffen.

„Das Ziel meines Besuches ist, das Blutvergießen zu stoppen. Wir sollen einen politischen Dialog zwischen der Opposition und den Behörden wiederherstellen“, betonte Laurent Fabius vor dem Abflug nach Kiew.

Am Donnerstagabend werden die EU-Außenminister in einer außerordentlichen Sitzung des Europarates auf Außenministerebene über die Ergebnisse der Verhandlungen in Kiew berichten.

11:36

Mehr als 20 Polizisten sind von einem Scharfschützen an dem Unabhängigkeitsplatz in der ukrainischen Hauptstadt Kiew verletzt worden.

„Es ist festgestellt worden, dass an dem Unabhängigkeitsplatz, möglicherweise aus dem Gebäude des Konservatoriums, das Feuer aus einer Schusswaffe gegen die Angehörigen der Einheit Berkut geführt wurde. Mehr als 20 Berkut-Soldaten sind verletzt“, heißt es auf der Webseite des ukrainischen Innenministeriums.

12:09

Werchowna Rada: Bis zur Veränderung der Verfassung wird vom ukrainischen Parlament ein „Krisen“-Gesetzesentwurf zur Regelung aller Machtorgane erarbeitet.

12:18

Die Oberste Rada wird dringend evakuiert, die Abgeordneten und die Mitarbeiter verlassen das Parlament. Die Ursachen der Evakuierung sind bisher nicht bekannt.

Das Parlament wird praktisch nicht gesichert.

Trotz des Waffenstillstandes, der von den Oppositionsanführern und Präsident Viktor Janukowitsch verkündet wurde, kam es am Donnerstag erneut zu bewaffneten Zusammenstößen auf dem Unabhängigkeitsplatz.

12:23

US-Präsident Barack Obama warnt die ukrainische Regierung, dass es Konsequenzen für die Ukraine haben wird, wenn die Seiten des Konfliktes eine Linie überschreiten werden.

Dazu gehören auch Garantien, dass sich das ukrainische Militär nicht in Angelegenheiten einmischen wird, die von Zivilisten gelöst werden sollen, sagte US-Präsident westlichen Medienberichten zufolge am Mittwoch in Mexiko.

Die USA verurteilen entschlossen die Gewalt und glauben, dass die ukrainische Regierung einen friedlichen Umgang mit friedlichen Protestlern garantieren soll, betonte Obama.

Die USA und ihre EU-Partner können seinen Worten zufolge auch Sanktionen gegen die Ukraine verhängen.

12:36

Die Mitarbeiter des ukrainischen Ministerkabinetts sind aufgefordert worden, das Gebäude zu verlassen, teilte ein Regierungsinsider Journalisten mit.

„Alle Mitarbeiter wurden aufgefordert, das Gebäude zu verlassen“, sagte er. Zuvor wurde die Oberste Rada in Kiew evakuiert.

12:49

In der ukrainischen Hauptstadt Kiew haben die Demonstranten nach erneuten Auseinandersetzungen mit der Polizei die Kontrolle über den Maidan-Platz zurückgewonnen. Fernsehbilder zeigten, wie die Regierungsgegner auf Gebiete vorrückten, die am Tag zuvor in der Hand der Polizei gewesen waren. Mehrere Polizisten wurden von Demonstranten gefangen genommen und weggebracht.

13:57

Soldaten der Innentruppen ergeben sich massenweise den Protestlern an dem Unabhängigkeitsplatz in Kiew –gefangen genommen sind bereits an die 100 Soldaten. Dies melden die „Ukrainischen Nachrichten“.

Die Gefangenen werden hinter die Barrikaden neben dem Oktober Palast geführt. Es wird mitgeteilt, dass man sie nicht zu verprügeln versucht. Sie werden in den Zelt mit der Überschrift „Kiews Komendatur“ geführt. Vorerst sind unter den Gefangenen nur Soldaten zu sehen. Offiziere sind dabei nicht bemerkt worden.

16:08

Die Ereignisse in der Ukraine sind ein offener Versuch der Machtergreifung durch Gewalt, sagte der offizielle Vertreter des russischen Außenministeriums Alexander Lukaschewitsch am Donnerstag. Moskau fordert von den Anführern des Euro-Maidans in Kiew, unverzüglich das Blutvergießen zu stoppen.

Die Drohungen mit Sanktionen gegen die ukrainischen Behörden sind unangebracht und können die Lage zusätzlich verschärfen, fügte er hinzu. „Die andauernden Versuche, von außen zu vermitteln, mit Sanktionen zu drohen und auf sonstige Weise die Situation zu beeinflussen, sind unangebracht und können zu nichts Gutem führen, sondern nur den Konflikt zu verschärfen“, sagte Lukaschewitsch.

18:06

Vertreter der ukrainischen Oppositionsparteien „Batkiwschtschina“, „Udar“ und „Swoboda“ haben die Abgeordneten am Donnerstag in die Oberste Rada geladen, um eine Sondersitzung durchzuführen und die Situation im Land zu erörtern.

Der Leiter der Partei Udar Vitali Klitschko hat bereits einen Ausweg aus der Krise vorgeschlagen. Er verlangt, dass sich die Abgeordneten der Obersten Rada zu einer Sitzung versammeln und dass eine neue Regierung gebildet wird.

Laut Klitschko sollen die grundsätzlichen Maßnahmen zur Krisenregelung vorgezogene Präsidentschaftswahlen miteinschließen. „Derzeit ist es die einzige Möglichkeit, die Gewalt zu stoppen“, sagte er.

19:25

Ukrainische Protestler haben heute Morgen das Kernkraftwerk in der Stadt Riwne, angegriffen. Nach der Erstürmung des AKW besetzten die Aktivisten die administrativen Blöcke, zündeten Archive und den Hauptserver an

19:35

Die Außenminister von Polen, Frankreich und Deutschland – Radoslaw Sikorski, Laurent Fabius und Frank-Walter Steinmeier – haben das Gebäude der ukrainischen Präsidentenverwaltung nach dem fast sechs Stunden langen Treffen mit Viktor Janukowitsch verlassen.

19:41

Die Regierung der Ukraine hat ihren Teil der mit der Opposition erzielten Vereinbarungen nach Worten von Russlands Außenminister Sergej Lawrow erfüllt.

„Die Opposition ist es, die diese Vereinbarungen nicht einhält“, erklärte Lawrow am Donnerstag bei einem Besuch im Irak.

„Die Regierung und der Präsident der Ukraine haben mehrmals guten Willen an den Tag gelegt und Kompromisse mit der Opposition akzeptiert. Das könne man aber nicht von der Opposition sagen. Lawrow rief ferner westliche Partner auf, die Ukraine nicht mehr als eine Bauernfigur im geopolitischen Spiel zu missbrauchen.

23:46

Die Außenminister Frankreichs, Deutschlands und Polens haben am Donnerstag in Kiew dem ukrainischen Präsident Viktor Janukowitsch einen Antikrisenplan vorgelegt, berichteten deutsche Medien unter Berufung auf Quellen in der deutschen Delegation.

Demnach enthält der Plan drei Punkte: Bildung einer Übergangsregierung, Beginn der Verfassungsreform sowie die Durchführung vorgezogener Präsidenten- und Parlamentswahlen. Im Laufe von rund vier Stunden verhandelten Laurent Fabius, Frank-Walter Steinmeier und Radoslaw Sikorski mit Janukowitsch über die Lage im Land. Darauf trafen sich die drei Minister mit Oppositionsführern.

Nach einer Meldung der Agentur AFP werden Fabius, Steinmeier und Sikorski ihre Verhandlungen in der Ukraine am Freitag fortsetzen.

Freitag, 21. Februar 2014 – Abkommen und Putschbeginn

- Krim kündigt Austritt aus Ukraine an, falls die legitime Staatsführung gestürzt wird
- Parlament debattiert über Rückkehr zur Verfassung von 2004
- erneute Verhandlungen mit EU-Vermittlern – Abkommen
- Rechtsradikale beginnen mit Demolierung von Denkmälern
- Putschbeginn – Klitschko fordert Intervention der EU, „Protestler“ schießen auf Sicherheitskräfte
- Maidan-Meute diktiert Handlungen des Parlaments
- Nato beschuldigt Janukowitsch für Blutvergießen
- Russland setzt Finanzhilfen aus
- Wiedereinführung der Verfassung von 2004, Amnestie für Maidan-„Protestler“, Aufhebung der Bestimmungen, die zur Timoschenko-Verurteilung führten
- Absetzung des Innenministers
- Janukowitsch ordnet Staatstrauer an
- Ankündigung der Timoschenko-Freilassung

Einige Meldungen chronologisch:

08:36

Ein Austritt aus dem Bestand der Ukraine wird für die Krim im Falle eines Sturzes der legitimen Staatsführung in Kiew aktuell, erklärte Wladimir Konstantinow, Parlamentsvorsitzender der Autonomie, am Donnerstag.

„Der einzige Weg für uns ist ein Außerkraftsetzen des Beschlusses des Präsidiums des ZK der KPdSU über die Übergabe der Halbinsel Krim von der Russischen Föderation an die ukrainische Unionsrepublik“, sagte er in einer Sitzung der Fraktion der Liberaldemokratischen Partei Russlands in der russischen Staatsduma.

Für einen solchen Beschluss „wird in der ersten Etappe kein Referendum erforderlich sein“, fügte er an.

Momentan sei aber dieser Beschluss nicht aktuell. „Heute ist die Krim eine der Stützen der zentralen Macht. Sollten wir uns jetzt mit dem Austritt befassen, werden wir das Land zugrunde richten, denn heute wird der Kampf nicht um die Krim, sondern um die Stadt Kiew geführt. Die Stadt darf auf keinen Fall verloren werden.“

Der Beschluss über die Übergabe der Halbinsel Krim aus dem Bestand der Russischen Föderation an die Unionsrepublik Ukraine war 1954 von dem damaligen KPdSU-Chef Nikita Chruschtschow initiiert worden. Nach dem UdSSR-Zerfall ging die Krim dementsprechend an die Ukraine.

09:10

Das ukrainische Parlament werde am Freitag über eine Rückkehr zur Verfassung aus dem Jahr 2004 debattieren, die die Macht des Präsidenten begrenzt und das der Volksvertretung stärkt, sagte der stellvertretende Parlamentssprecher laut Itar-Tass Freitagfrüh im ukrainischen Fernsehen.

11:03

Nach Angaben des ukrainischen Präsidialamtes einigen sich Vermittler der EU und Russlands mit Staatschef Janukowitsch und der Opposition auf eine Lösung der Krise.

11:20

Die Mitglieder der radikalen ukrainischen Bewegung „Prawyj Sektor“ (Rechter Sektor) haben in der Stadt Schitomir Lenin-Denkmal zuerst angezündet und dann niedergeworfen.

12:03

Vitali Klitschko hat die EU-Länder zur Militärintervention aufgefordert. Diese Nachricht wurde im Tagesspiegel veröffentlicht.

Klitschko erklärte gegenüber deutschen Journalisten: „Die Regierung hat bewusst eine Provokation organisiert, um den Unabhängigkeitsplatz mit Blut und Gewalt auseinanderzujagen, und die Proteste und die Aktivisten zu vernichten.“

Der Leiter der Partei Udar beschuldigte Janukowitsch unter anderem eines Verbrechens gegen die Menschlichkeit.

In Kiew fordert Klitschko nach wie vor Verhandlungen mit Präsident Viktor Janukowitsch, erklärt jedoch im Westen die Notwendigkeit eines Einsatzes in der Ukraine.

12:44

Wie der ukrainische Fernsehsender 1+1 berichtete, sieht das Abkommen eine vorgezogene Präsidentenwahl im Dezember, die Bildung einer Koalitionsregierung binnen zehn Tagen und eine Rückkehr zur Verfassung von 2004 binnen 48 Stunden vor.

12:58

Der Sprecher des ukrainischen Parlaments, der Obersten Rada, Wladimir Rybak, hat die Verordnung über das Verbot der Gewaltanwendung gegen die Teilnehmer der Protestaktionen unterzeichnet.

13:00

Die Protestler in der Institutska-Straße haben gegen Mitarbeiter der Sicherheitsbehörden das Feuer eröffnet, meldet der Pressedienst des ukrainischen Innenministeriums.

„Die so genannten friedlichen Demonstranten haben den schwankenden Waffenstillstand zynisch verletzt, indem sie gegen die Sicherheitskräfte in der Institutska-Straße das Feuer eröffneten. Das Inlandskommando fordert auf, die kriminellen Handlungen sofort einzustellen“, heißt es im Bericht

13:10

Die ukrainische Opposition hat gefordert, dass die Oberste Rada (Parlament) am Freitag die Freilassung der inhaftierten Ex-Premierministerin Julia Timoschenko behandelt, sagte Arsenij Jazenjuk, Spitzenvertreter der Oppositionsfraktion „Batkiwschina“ (Vaterland).

Außer der Frage der Rückkehr zur Verfassung von 2004 fordert die Opposition, auch andere Fragen zu behandeln, die dem Land zur Überwindung der Krise verhelfen würden.

„Wir bestehen auf der Freilassung von Julia Timoschenko“, sagte Jazenjuk im Parlament. Am Freitagmorgen gingen in Kiew die Verhandlungen unter Teilnahme von Vertretern der Europäischen Union und Russlands zu Ende. Die Seiten einigten sich darauf, ein Abkommen über die Regelung der Krise zu paraphieren.

17:08

Nato-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen verurteilte das Blutvergießen in der Ukraine und sprach von der Verantwortung der ukrainischen Regierung im Falle des Einsatzes der Armee bei der Lösung der Krise.

18:34

Die russischen Behörden haben wegen der drastischen Zuspitzung der Situation in der Ukraine die Bereitstellung einer neuen Tranche der Finanzhilfe für das Land eingestellt. „Man will eine Stabilisierung der Situation abwarten, um die Unterstützung der Ukraine wiederaufzunehmen“, sagte heute der russische Finanzminister Anton Siluanow vor Journalisten.

„Es war die Entscheidung Russlands, die mit der plötzlichen und dramatischen Zuspitzung der Situation in der Ukraine verbunden ist“, sagte er in seinem Kommentar zu der Mitteilung der irischen Börse über die Weigerung der Ukraine, zweijährige Eurobonds in Höhe von zwei Milliarden zu platzieren. Russland sollte im Rahmen der bereits genehmigten Finanzhilfe Obligationen in Höhe von 15 Milliarden US-Dollar rückzahlen.

19:25

Das Parlament der Ukraine hat das Gesetz über die Rückkehr der Verfassung in der Fassung des Jahres 2004 verabschiedet, die die Macht des Präsidenten zugunsten der Obersten Rada begrenzt.

Für diese Entscheidung stimmten 386 Abgeordnete, einer enthielt sich der Stimme, zehn Abgeordnete nahmen an der Abstimmung nicht teil. Der Gesetzentwurf wurde ohne vorherige Erörterung angenommen.

Das Parlament verabschiedete auch ein Gesetz zur Verhinderung der Anklageerhebung gegen die Teilnehmer der Unruhen in der Ukraine.

Die Änderungen betreffen insbesondere die Entkriminalisierung der Artikel, gemäß denen Ex-Premierministerin Julia Timoschenko verurteilt wurde.

21:27

Das ukrainische Parlament hat Innenminister Witali Sachartschenko von den Pflichten entbunden. Am Freitag stimmten dafür in Kiew 332 Abgeordnete bei der erforderlichen Stimmzahl von 226.

Auf Sachartschenkos Absetzung hatte die Opposition bestanden.

Die Abgeordneten beschloss, Präsident Viktor Janukowitsch zu bitten, die Entscheidung als legitim anzuerkennen, denn die Verfassung von 2004, die dem Parlament Kabinettsumstellungen ermöglicht, ist noch nicht in Kraft getreten.

22:02

Der ukrainische Präsident Viktor Janukowitsch hat Staatstrauer für die bei den Maidan-Protesten ums Leben Gekommenen verhängt. „Im Zusammenhang mit den Todesopfern während der Massenaktionen in der Ukraine ordne ich am 22. und 23. Februar Trauer für die Toten an“, zitierte Janukowitschs Pressestelle am Freitag aus seinem Beschluss.

22:50

Die 2011 wegen Amtsmissbrauchs zu sieben Jahren Haft verurteilte ukrainische Ex-Regierungschefin Julia Timoschenko dürfte nach Worten ihres Anwalts Sergej Wlassenko „in nächster Zeit“ freikommen.

„Ich bin davon überzeugt, dass Präsident Viktor Janukowitsch das von der Obersten Rada am Freitag verabschiedete Gesetz unterschreiben wird“, sagte der Anwalt am späten Freitagabend in der Hauptstadt Kiew.

Wlassenko zufolge hat der Präsident keine gesetzlichen Gründe dazu, das Dokument nicht zu unterzeichnen. Dabei machte der Anwalt darauf aufmerksam, dass der entsprechende Artikel im Strafgesetzbuch nicht abgeschafft, sondern abgeändert wurde. „Taten, für die Julia Wladimirowna (Timoschenko) gesetzwidrig verurteilt wurde, sind nicht mehr strafrechtlich zu ahnden. Folglich muss sie nach der Unterzeichnung des Gesetzes auf freien Fuß gesetzt werden“, sagte der Jurist.

Timoschenko war Ende 2011 zu sieben Jahre Haft wegen Amtsmissbrauchs bei der Unterzeichnung von Gasverträgen mit Russland verurteilt worden. Seit Mai 2012 wird sie wegen ihres Bandscheibenleidens in einer Klinik in Charkow behandelt.

Samstag, 22. Februar – der Tag des Putsches

- Besetzung des Regierungsviertels
- Forderung nach sofortigem Rücktritt Janukowitschs
- Denkmalsschändung in größerem Umfang
- Rücktritt des Parlamentspräsidenten
- Maidan-Meute weist Vereinbarung vom Vortag zurück und übernimmt de-facto-Kontrolle über das Parlament
- Turtschinow wird als Parlamentspräsident eingesetzt
- Steinmeier bejubelt den „Fortschritt“ in der Ukraine
- Janukowitsch fleiht aus Kiew, „Opposition“ behauptet seinen Rücktritt
- Rada ordnet Timoschenko-Freilassung an
- Janukowitsch dementiert Rücktritt und spricht von Putsch
- Rada erklärt Janukowitsch für abgesetzt

- Lawrow kritisiert gegenüber EU-Ministern Vertragsbruch durch Opposition und Dominanz von Extremisten
- Timoschenko erklärt Kandidatur für Präsidentschaftswahlen am 25. Mai
- Abgeordnete der Ost- und Südukraine beschließen Übernahme der Verantwortung für die Einhaltung der Verfassung durch Selbstverwaltungsorgane
- Lawrow fordert die EU-Außenminister (als Vertragspartner) auf, Einfluss auf die „Opposition“ zu nehmen
- Großbritannien und Deutschland kündigen als erste finanzielle Unterstützung der „neuen Regierung“ an
- Gouverneur und Bürgermeister von Charkow fliehen nach Russland
- Jüdische Gemeinde von Kiew bittet aus Angst vor Gewalt Israel um Hilfe und Schutz

Die wichtigsten Meldungen chronologisch:

10:28

Das Regierungsviertel der ukrainischen Hauptstadt, ist von der sogenannten „Volksselbstverteidigung“ des Euro-Maidans unter Kontrolle genommen worden.

10:43

Trotz der Einigung zwischen Regierung und Opposition in der Ukraine bleibt die Lage in Kiew gespannt. Demonstranten buchten am Abend die Oppositionsführer wie Vitali Klitschko aus, die die Vereinbarung mit der Regierung auf dem Unabhängigkeitsplatz Maidan präsentieren. Sie will weiter einen sofortigen Rücktritt von Präsident Viktor Janukowitsch.

11:07

Ukrainische Protestler stürzen Lenin-Denkmäler. Allein in der vergangenen Nacht wurden zwölf Denkmäler in Schytomyr, Poltawa, Tschernihiw, Pryluky, in Siedlungen des Gebiets Chmelnyzkyj, im Gebiet Winnyzja und in Dnipropetrowsk vom Sockel gerissen, teilt Interfax mit.

12:38

Der ukrainische Parlamentschef Wolodimir Rybak hat am Samstag ein Rücktrittsgesuch eingereicht.

12:55

Mit Pfiffen und Buhrufen haben Zehntausende Regierungsgegner in Kiew die Oppositionsführer nach der Einigung auf eine Krisenlösung mit Präsident Viktor Janukowitsch empfangen, berichtet dpa. Der Anführer der radikalen Splittergruppe „Rechter Sektor“, Dmitri Jarosch, rief seine Anhänger auf, die Waffen nicht niederzulegen, bevor der Staatschef zurücktrete. Andere Redner drohten damit, die Präsidentschaftsverwaltung zu stürmen. Der Opposition um Vitali Klitschko warfen sie „Verrat“ vor. Die Menge auf dem Unabhängigkeitsplatz forderte in Sprechchören den Kopf des Präsidenten.

13:40

Nach der Einigung zwischen Präsident Viktor Janukowitsch und der Opposition haben radikale Regierungsgegner in mehreren Regionen der Ukraine die Denkmäler für den sowjetischen Revolutionsführer Wladimir Lenin gestürzt. In Tschernigow, Poltawa und Dnipropetrowsk rissen Demonstranten am Freitagabend mithilfe von Stahlseilen die Statuen des UdSSR-Gründers vom Sockel, wie die ukrainische

Nachrichtenagentur UNN meldet. Nach Angaben der Agentur Unian wurden auch in Kirowograd und in Wolhynien Lenin-Denkmäler umgekippt. Seit Beginn der Anti-Regierungsproteste im November hat es in der Ukraine bereits mehrere Angriffe auf Lenin-Denkmäler gegeben. Im Dezember wurde eine Lenin-Statue im Zentrum der Hauptstadt Kiew zerstört. Kurz danach folgten Angriffe auf Lenin-Denkmäler in Berditschew bei Schitormir und Beresowka im Gebiet Odessa. Im Januar wurden eine Lenin-Statue im Gebiet Poltawa enthauptet

14:51

Abgeordneter der Fraktion „Batkiwtschyna“ Alexander Turtschinow ist zum Vorsitzenden der ukrainischen Obersten Rada gewählt worden.

15:41

Außenminister Steinmeier erklärte heute zur Lage in der Ukraine:

„Es ist die zweite Nacht ohne Tote auf den Straßen in Kiew. Das ist ein Fortschritt – ganz ohne Zweifel. Aber jeder kann sehen: Die Lage bleibt höchst fragil.

Es wird jetzt darauf ankommen, dass die Konfliktparteien – sowohl die Seite der Regierung als auch die Seite der Opposition – sich an das halten, was miteinander vereinbart wurde und beginnen, Vertrauen aufzubauen. Die Frage ist, ob das gelingt.

Das gelingt nur, wenn sich beide Seiten darum wirklich bemühen.

Deshalb geht es jetzt in erster Linie darum, dass die Gespräche zur Einsetzung einer vorläufigen Regierung geführt werden. Dazu besteht heute Anlass. Das Parlament tagt und die Abgeordneten sind überwiegend im Parlament eingetroffen. Das hat jetzt Vorrang, um der Ukraine eine stabile, von beiden Seiten getragene Führung zu geben.“

15:47

Die Residenz vom Präsidenten Viktor Janukowitsch steht leer und für Journalisten zugänglich.

16:59

Der ukrainische Präsident Viktor Janukowitsch ist zurückgetreten, teilt ein Abgeordneter der Partei Batkiwtschyna mit.

16:59

Die Abgeordneten des ukrainischen Parlaments haben bei ihrer Sitzung am Samstag die Freilassung der früheren Premierministerin des Landes Julia Timoschenko angeordnet.

18:36

Der ukrainische Präsident Viktor Janukowitsch hat erklärt, es ereigne sich ein Putsch im Land. Er selbst habe nicht vor, zurückzutreten, melden Medien unter Berufung auf die Beraterin des Staatschefs Anna German.

Im Äther des ukrainischen Fernsehsenders UBR erklärte Janukowitsch, er werde alles dafür tun, um kein weiteres Blutvergießen zuzulassen. Er erzählte Journalisten, dass der Sprecher der Obersten Rada Wladimir Rybak, der ein Rücktrittsgesuch eingereicht hatte, verprügelt wurde. „Er wurde verprügelt. Er kam zu mir, wobei nach ihm geschossen wurde. Er bat mich, ihn abzuholen. Ich holte ihn ab und schickte zu ärztlichen Behandlungen nach Donezk“, sagte Janukowitsch in einem Interview.

18:58

Nach massiven Zugeständnissen an die Opposition lehnt der ukrainische Präsident Viktor Janukowitsch den Rücktritt ab. In einem am Samstag ausgestrahlten Fernseh-Interview sagte der Staatschef, er werde sein Volk „vor Banditen“ verteidigen.

„Mit den Banditen, die heute das ganze Land und das ukrainische Volk terrorisieren, werde ich nichts unterschrieben“, sagte Janukowitsch, der sich nach Angaben seiner Beraterin in Charkow im Osten des Landes befindet. Er werde alles tun, um ein neues Blutvergießen zu verhindern und Menschen zu verteidigen, „die jetzt von Banditen verfolgt werden.“

Der Präsident appellierte an die internationalen Vermittler, den Radikalen in der Ukraine Einhalt zu gebieten. Landesweit wurden ihm zufolge mehr als 200 Büros der regierenden Partei der Regionen verbrannt. „Das ist keine Opposition, sondern Banditen“, so der Staatschef. Laut ihm ist die Ukraine von Neonazismus bedroht: Die jüngsten Ereignisse würden an die Machtergreifung durch die Nationalsozialisten in den 1930er-Jahren in Deutschland erinnern.

19:14

Der russische Außenminister Sergej Lawrow hat gegenüber seinen Amtskollegen aus Deutschland, Frankreich und Polen ernsthafte Besorgnis darüber geäußert, dass die Seiten des am 21. Februar in Kiew unterzeichneten Abkommens zu keinen Kompromissen kommen werden.

„Die Opposition hat nicht nur keine einzige Verpflichtung eingehalten, sie stellt nun immer weitere Forderungen, dabei gibt sie den Extremisten nach, die die Souveränität und die Verfassungsordnung des Landes unmittelbar gefährden“, heißt es in der Erklärung, die am Samstag auf der Webseite des russischen Außenamts veröffentlicht wurde.

20:57

Die Oberste Rada hat den Rücktritt von Viktor Janukowitsch durch eine Anordnung bestätigt und die Präsidentschaftswahlen auf den 25. Mai festgesetzt.

20:57

Julia Timoschenko wird an den Präsidentschaftswahlen am 25. Mai teilnehmen. Das teilte sie Journalisten vor ihrem Abflug aus Charkiw nach Kiew mit.

Zuvor hatte die Oberste Rada den Rücktritt des ukrainischen Präsidenten angeordnet und neue Wahlen auf den 25. Mai festgesetzt.

Der Präsident des Landes Viktor Janukowitsch erkennt seinerseits die Entscheidung über seinen Rücktritt nicht an. Seinem Berater zufolge wird er diesen Posten weiterhin bekleiden.

21:10

Die Abgeordneten der Ost- und Südgebiete der Ukraine und der Krim haben bei der Tagung am Samstag in Charkiw für die Resolution abgestimmt, nach der die Selbstverwaltungsorgane dieser Regionen die Verantwortung für die Einhaltung der Verfassung übernehmen.

21:18

Russlands Außenminister Sergej Lawrow hat Deutschland, Polen und Frankreich aufgefordert, ihren Einfluss auf die ukrainische Opposition auszuüben, damit den Radikalen in der Ukraine Einhalt geboten wird, teilt das russische Außenamt mit.

„Der russische Minister hat Deutschland, Polen und Frankreich als die Länder, die das Abkommen vom 21. Februar aktiv durchgesetzt hatten, nachdrücklich aufgefordert, von ihrem Einfluss auf die Opposition Gebrauch zu machen, um das Abkommen unverzüglich auszuführen und den Randalierern Einhalt zu gebieten. Man muss damit aufhören, die

internationale Völkergemeinschaft irrezuführen und so zu tun, als ob der heutige Maidan Interessen des ukrainischen Volkes vertrete“, heißt es in der Mitteilung des Außenministeriums zu den Ergebnissen von Telefongesprächen des russischen Ministers mit den Amtskollegen in Europa.

Die Minister Frankreichs, Deutschlands und Polens haben zugegeben, dass die ukrainische Opposition einen Teil ihrer Verpflichtungen nicht eingehalten hatte, und versprochen, Maßnahmen zur Umsetzung der Vereinbarungen zu ergreifen, teilt das russische Außenministerium mit. „Frank-Walter Steinmeier, Radoslaw Sikorski und Laurent Fabius teilten die Besorgnis der russischen Seite, gaben zu, dass die Opposition ihren Teil der Verpflichtungen nicht eingehalten hat, und versprochen, dringend weitere Schritte zur Realisierung der erzielten Abmachungen zu unternehmen.

21:32

Großbritannien und Deutschland wollen die neue Regierung in der Ukraine unter anderem auch finanziell unterstützen, teilte der britische Außenminister William Hague am Samstag mit.

„William Hague hat am Samstag mit dem deutschen Außenminister Steinmeier vereinbart, die neue Regierung der Ukraine zu unterstützen und hinsichtlich des notwendigen Finanzpakets des Internationalen Währungsfonds Hilfe zu erweisen“, twitterte der britische Außenamtschef.

21:54

Der Gouverneur des Gebiets Charkiw Michail Dobkin und der Bürgermeister von Charkiw Gennadi Kernes haben die Ukraine verlassen.

Nach Angaben der Pressesprecherin des amtierenden ukrainischen Innenministers Natalia Statiwko hatten die Politiker am Samstag die ukrainisch-russische Grenze überquert. Diese Information wurde später im ukrainischen Grenzdienst bestätigt.

Zuvor hatten Dobkin und Kernes bei der Tagung der Abgeordneten von Südostgebieten der Ukraine und der Krim ihre Reden gehalten. Die Teilnehmer der Tagung bezweifelten die Legitimität der Entscheidungen der Obersten Rada und versprachen, die Verfassungsordnung im Land wiederherzustellen.

23:01

Aus Angst vor Gewalt gegen ukrainische Juden, bittet die jüdische Gemeinde unter Oberrabbiner Rabbi Moshe Reuven Azman in Kiew um israelische Hilfe und Schutz, außerdem hat er die Juden zum Verlassen der Stadt aufgefordert. „Ich habe meine Gemeinde aufgefordert, das Stadtzentrum und auch die ganze Stadt zu verlassen und wenn möglich auszureisen“, zitiert ihn die israelische Zeitung „Haaretz“.

Sonntag, 23. Februar

- Erler fordert „rasche Finanzhilfen“, um Pleite der Ukraine abzuwenden
- Timoschenko setzt auf Maidan-Fortsetzung
- Russland bekräftigt Aussetzen der Finanzhilfe bis zur Bildung einer regulären Regierung
- Maidan-„Selbstverteidigung“ kontrolliert „neue Regierung“
- EU erklärt Bereitschaft zu „substantieller finanzieller Unterstützung“, sobald Regierung existiert
- Partei der Regionen behandelt „Übergang zur Opposition“

- Schacher um neue Posten
- Turtshinow lässt sich zum Übergangspräsidenten ernennen
- Partei der Regionen weist Janukowitsch die Schuld für die Situation zu
- Merkel sichert Timoschenko Unterstützung zu
- Rada beschließt Außerkraftsetzung des Sprachengesetzes
- Timoschenko wird von US- und EU-Botschaftern empfangen
- USA unterstellen Russland die Absicht, Truppen in die Ukraine zu entsenden und erklären Unterstützung für Putschisten
- Lawrow verlangt Umsetzung der Vereinbarung vom 21. Februar
- erste Kundgebung mit Forderung des Austritts der Krim aus der Ukraine in Kertsch

Wichtige Meldungen chronologisch:

09:13

Der Osteuropa-Koordinator der Bundesregierung, Gernot Erler, fordert von der EU rasche internationale Finanzhilfen für die Ukraine. Um eine Staatspleite der Ukraine zu verhindern, sei die EU am Zug, sagte Erler der "Welt am Sonntag". Brüssel müsse sich mit Russland über ein gemeinsames Vorgehen verständigen und auch den Internationalen Währungsfonds einschalten.

09:43

Timoschenko forderte die Bürger auf, den Maidan nicht zu verlassen, und erklärte, sie werde ihre Arbeit sofort wiederaufnehmen

10:39

Russland wird vorerst keine ukrainischen Eurobonds kaufen, bis in diesem Land eine neue Regierung gebildet und die Wirtschaftspolitik des Landes konzipiert ist, sagte der russische Finanzminister Anton Siluanow am Sonntag vor Journalisten. „Letzte Woche haben wir in der Tat den Erwerb von Eurobonds diskutiert, da sich aber die Situation in der Ukraine radikal verändert hat, müssen wir zunächst verstehen, mit welcher Regierung wir kooperieren werden“, betonte der Minister. „Wir möchten die Bildung einer neuen Regierung abwarten.“ „Wir haben bereits in ukrainische Eurobonds investiert und diese im vergangenen Jahr für drei Milliarden Dollar gekauft. Außerdem liefern wir Gas an die Ukraine gemäß den vereinbarten Fristen.“ Die Ukraine müsste ihre Wirtschaftspolitik festlegen, weil diesem Land ein „hinsichtlich der Tilgung von Schulden gegenüber ausländischen Gläubigern und dem IWF kein einfaches Jahr bevorsteht“.

11:08

Meldungen aus Kiew zufolge haben Freiwillige von der Selbstverteidigung des Maidan neben dem Flughafen „Kiew“ die Wagenkolonne des Chefs der Fraktion Batkiwtschyna Arseni Jazenjuk und der Ex-Premierministerin Julia Timoschenko zur Überprüfung angehalten, weil diese gegen die Ausfuhrregeln verstoßen hatten.

Als Jazenjuk aus dem Auto ausstieg und Erklärungen abgeben wollte, erwiderten die Aktivisten, es gebe nur ein Gesetz für alle.

„Wir verstehen ja, es geht um Bewachung, aber wir wollen eine neue Ukraine bauen, wo es keine Günstlinge geben wird. Die gemeinsame Ausfahrt ist da drüben“, sagten sie und deuteten in Richtung des von Aktivisten errichteten Kontrollpunkts.

12:41

Die EU stehe für eine substanzielle finanzielle Unterstützung bereit, sobald es eine politische Lösung des Konflikts und eine neue Regierung gebe, sagte Wirtschaftskommissar Olli Rehn am Sonntag am Rande des G20-Finanzministertreffens in Sydney.

14:07

Die Abgeordneten der bisherigen ukrainischen Regierungspartei, Partei der Regionen, wollen am Sonntag ihren Übergang zur Opposition behandeln, meldet die Nachrichtenagentur UNN unter Berufung auf den Abgeordneten Nestor Schufritsch. „Wenn wir die Entscheidung treffen, zur Opposition überzuwechseln, wird sich unser künftiges Vorgehen dementsprechend gestalten. Sollte aber beschlossen werden, an der Bildung einer Koalitionsregierung teilzunehmen, wird unsere Entscheidung recht schwer ausfallen, denn ich stelle mir kaum vor, wie die Partei der Regionen an der Regierungsbildung teilnehmen kann“, sagte der Abgeordnete der regierenden Partei im ukrainischen Parlament (Werchowna Rada) Schufritsch verfügt nach eigenen Worten über keine Informationen darüber, ob der Fraktionschef Alexander Jefremow an der Sitzung teilnehmen wird.

14:35

Die fraktionslose Abgeordnete Inna Bogoslowskaja hat während ihrer Rede in der Obersten Rada erklärt, im Parlament habe unmoralischer Handel unter Abgeordneten für Posten und Fraktionsmitgliedschaft begonnen.

„Jeder von euch weiß, was für ein unmoralischer Handel im Parlament wieder begonnen hat. Es wird erneut über Geld für den Beitritt zu bestimmten Gruppen, für Versammlungen und Posten verhandelt“, sagte Bogoslowskaja.

Man dürfe nicht zulassen, dass das Parlament erneut zum Korruptionszentrum für Politik und Unternehmen wird, sonst werde das ganze Land rebellieren, fügte sie hinzu.

15:47

Der ukrainische Parlamentschef Alexander Turtschinow ist zum Übergangspräsidenten ernannt worden.

Turtschinow soll dieses Amt bekleiden, bis die Präsidentschaftswahl am 25. Mai durchgeführt worden ist.

Turtschinow beauftragte die Abgeordneten, unverzüglich Beratungen über die Bildung einer neuen parlamentarischen Mehrheit zu beginnen, um die Regierung bis spätestens Dienstag, dem 25. Februar, zu bilden.

17:09

Viktor Janukowitsch ist für die menschlichen Opfer im Laufe der Zusammenstöße in der Ukraine verantwortlich, heißt es in einer offiziellen Erklärung der Fraktion der ehemaligen regierenden Partei der Regionen in der ukrainischen Obersten Rada. „Die Ukraine wurde betrogen und ausgeraubt. Die Ukraine wurde verraten, und die Menschen wurden gegeneinander ausgespielt. Nur Janukowitsch und seine nächste Umgebung sind dafür verantwortlich“, heißt es. Partei der Regionen erklärte auch, „die Partei war die Geisel einer korrupten Familie.“

17:10

Bundeskanzlerin Angela Merkel hat am Sonntag mit der ukrainischen Ex-Regierungschefin Julia Timoschenko telefoniert. Wie die russische Online-Zeitung Gazeta.ru unter Berufung auf den Pressedienst von Timoschenko mitteilt, hat Merkel bei dem Gespräch ihre Unterstützung für Timoschenko bekundet. Bei dem Gespräch beglückwünschte Merkel die

ehemalige Premierministerin zur Freilassung aus der mehrjährigen Haft und äußerte die Zuversicht, dass Timoschenkos Rückkehr in die große Politik zu einem wichtigen Faktor der Stabilisierung in der Ukraine, zur Aufrechterhaltung der Einheit des Landes und dessen Rückkehr auf den Weg der europäischen Reformen wird. Ferner sicherte die Bundeskanzlerin der Ukraine umfassende Unterstützung dabei zu und wünschte Timoschenko baldige Besserung.

17:24

Das ukrainische Parlament hat am Sonntag mit einer Stimmenmehrheit beschlossen, das Gesetz über die Grundlagen der staatlichen Sprachenpolitik außer Kraft zu setzen. Mit der Aufhebung des Gesetzes werden die Rechte der russischsprachigen Bevölkerung nicht beeinträchtigt, betonte dabei Arseni Jazenjuk, Chef der Parlamentsfraktion der Partei Batkiwtschina (Vaterland). „Die Rechte der russischsprachigen Bevölkerung schützen das Recht und die Verfassung“, sagte Jazenjuk nach der Abstimmung zur Aufhebung des Gesetzes. Das im Sommer 2012 angenommene Sprachengesetz hatte der russischen Sprache in den Regionen, wo diese für mindestens zehn Prozent der Bevölkerung die Muttersprache ist, den Status einer regionalen Sprache verliehen. Damit galt es für 13 der insgesamt 27 Regionen der Ukraine. Das Gesetz löste heftige Proteste der Opposition aus. Mit der Abstimmung vom Sonntag trete der Artikel 10 der ukrainischen Verfassung in Kraft, wonach Russisch die einzige Sprache sei, die neben Ukrainisch als eine nationale Kommunikationssprache gebraucht wird, betonte Jazenjuk, Fraktionschef der Batkiwtschina-Partei der Ex-Regierungschefin Julia Timoschenko. Es sei notwendig, ein neues Gesetz über den Sprachgebrauch in der Ukraine zu konzipieren, um alle Nationalitäten und Sprachen zu schützen, fügte er an.

20:40

Die ukrainische Ex-Premierministerin Julia Timoschenko hat sich mit US-Botschafter Geoffrey Pyatt und dem EU-Botschafter in Kiew, Jan Tadeusz Tombinski, getroffen, der ihr die Einladung der EU-Chefdiplomatin Catherine Ashton zu einem Treffen überreichte, heißt es auf der Webseite der Partei Batkiwtschina.

Die Seiten analysierten die Situation und tauschten Meinungen über mögliche Auswege aus der Krise aus, in der das Land steckt. Sie einigten sich darauf, dass „die Erhaltung der territorialen Integrität der Ukraine sowie das Heranziehen zur Verantwortung all derjenigen, die verbrecherische Befehle gegeben hatten, welche den Tod vieler Ukrainer zur Folge hatten“, einige der wichtigsten Prioritäten sind.

21:23

Die USA sind laut Susan Rice, der Sicherheitsberaterin des US-Präsidenten, nicht an einer geteilten Ukraine interessiert.

„Niemand kann Interesse daran haben, eine geteilte Ukraine zu sehen“, äußerte sie am Sonntag im Fernsehsender NBC.

Russland müsste ebenfalls an der Umsetzung der Vereinbarungen zwischen den Behörden und der Opposition der Ukraine interessiert sein, fügte sie hinzu.

Die Beziehungen zwischen der Ukraine und Russland stehen nicht im Widerspruch zu der EU-Assoziierung der Ukraine. „Es gibt keinen inneren Widerspruch zwischen der Ukraine, die von jeher historische und kulturelle Verbindungen mit Russland pflegt, und der modernen Ukraine, die eine nähere Integration mit Europa anstrebt. Diese Möglichkeiten sollten einander nicht ausschließen“, so Rice.

Wie Rice weiter ausführte, wird in den USA der Standpunkt vertreten, dass Viktor Janukowitsch das Präsidentenamt verlassen hat. „Wir sind der Ansicht, dass er gegangen ist“, sagte sie. „Er regiert nicht mehr das Land als Präsident.“

Das Weiße Haus ruft Russland auf, keine Truppen in die Ukraine zu entsenden, denn das wäre ein grober Fehler, sagte Rice weiter.

Die russischen Behörden haben indes nie solche Absichten geäußert.

22:02

Das Wichtigste bei der Beilegung in der Ukraine ist laut Russlands Außenminister Sergej Lawrow, die Umsetzung der Vereinbarung vom 21. Februar über die politische Regelung zu gewährleisten.

Dies äußerte Lawrow am Sonntag bei einem Telefongespräch mit seinem US-Kollegen John Kerry, teilte das russische Außenministerium auf seiner Internetseite mit.

„Unsererseits wurde betont, dass das Wichtigste jetzt darin besteht, eine vollständige Umsetzung der Vereinbarung vom 21. Februar zu gewährleisten. Gerade das verweigert die ukrainische Opposition, die die Macht in Kiew ergriffen hat, die Waffen nicht strecken will und auf Gewalt setzt“, heißt es in der Mitteilung.

In diesem Zusammenhang verwies Lawrow darauf, dass das Dokument Unterschriften von Vertretern einer Reihe westlicher Staaten trägt, während die USA den Abschluss der Vereinbarung begrüßt haben.

22:32

Russlandfreundliche Kräfte haben am 23. Februar in Kertsch eine Kundgebung durchgeführt. Die Teilnehmer an der Kundgebung forderten den Ausstieg der Krim aus der Ukraine und hissten trotz des Widerstandes von Polizisten, die die Menge zu stoppen versuchten, die russische Flagge über dem Bürgermeisteramt. Einige Zeit später wurde die ukrainische Flagge an ihre Stelle zurückgebracht.

Nach Polizeiangaben nahmen rund 1.000 Menschen an der Kundgebung teil. Auf der Kundgebung sprachen Vertreter der Russischen Gemeinde und der Kommunistischen Partei der Ukraine. Die Redner sprachen sich gegen den EU-Beitritt der Ukraine aus und riefen zum Ausstieg der Krim aus der Ukraine auf.

24. bis 26. Februar

Für diese Tage liegt kein Minutenprotokoll von Russland.ru vor.

Donnerstag, 27. Februar

- Proteste in Simferopol gegen Staatsstreich in der Ukraine
- EU-Parlament fordert Kommission zur „Ermittlung der Verstöße gegen die Menschenrechte“ und erklärt Respekt für „einen geordneten Machtwechsel“
- Besetzung des Krim-Parlaments, russische Flagge wird gehisst
- Turtshinow droht russischer Schwarzmehrflotte
- Besetzer des Krimparlaments verweigern Verhandlungen mit Krim-Ministerpräsidenten Mogiljow; Bildung von „Selbstverteidigungskräften“
- Kiew versetzt Inlandstruppen und Polizei wegen der Vorgänge auf der Krim in Alarmbereitschaft
- Janukowitsch bittet russische Behörden um Schutz seiner Sicherheit
- Jazenjuk wird zum Ministerpräsidenten ernannt
- Krim kündigt Volksentscheid über mehr Autonomie für den 25. Mai an

10:19

Drei Menschen sind am Mittwoch bei den Zusammenstößen während der Massenkundgebungen vor dem Parlamentsgebäude in Simferopol auf der ukrainischen Halbinsel Krim ums Leben gekommen.

Vor dem Obersten Rat versammelten sich an die 20.000 Menschen. Die russischsprachigen Einwohner protestierten gegen den Staatsstreich in der Ukraine. Vertreter der Krim-Tataren unterstützten die Opposition in Kiew. Die Auseinandersetzung wuchs in eine Prügelei und ein Gedränge über. 30 Menschen wurden verletzt.

10:23

Das EU-Parlament „ruft zur Schaffung einer unabhängigen Kommission zur Ermittlung der Verstöße gegen die Menschenrechte, die es seit Beginn der Demonstrationen gibt, die mit der Internationalen Beratungsgruppe des Europarates und der OSZE eng zusammenarbeiten wird, auf“, heißt es im Resolutionsentwurf, der am Donnerstag zur Abstimmung gebracht werden soll.

Darüber hinaus will das EU-Parlament dem ukrainischen Volk Respekt für „einen geordneten Machtwechsel und seinen bürgerlichen Mut, die es in den letzten Monaten an den Tag legte“, zollen. „Dieser Bürger- und Volksprotest dient als Beispiel und kennzeichnet einen Wendepunkt in der Geschichte der Ukraine“, heißt es im Resolutionsentwurf.

Rund hundert Menschen bleiben auch heute noch vor dem Gebäude des Obersten Rates der ukrainischen Krim-Autonomie. Sie fordern die Durchführung eines Referendums über das weitere Schicksal der Halbinsel. Sie errichten Barrikaden und machen Lagerfeuer.

10:34

Das Parlament und die Regierung der Autonomen Republik Krim sind am Donnerstagmorgen von bewaffneten Menschen besetzt worden.

Unbekannte brachen ins Gebäude ein, beseitigten die Sicherung und drangen ins Parlament ein, teilte ein Mitarbeiter des Pressedienstes des Parlaments der Autonomen Republik Krim mit. Vor dem Eingang ins Parlament wurde eine Barrikade aus Behelfsgegenständen (Holzpaletten, Mülltonnen usw.) errichtet. Das Parlament wurde von der Polizei abgesperrt. Auch nahe dem Ministerrat der Autonomen Republik Krim befindet sich eine große Zahl von Polizisten. Die Polizei lässt die Menschen an das besetzte Gebäude nicht heran. Über den beiden Gebäuden wurden die russischen Flaggen gehisst.

13:06

Der Interimspräsident der Ukraine Alexander Turtschinow hat die Angehörigen der russischen Schwarzmeerflotte, die sich auf der Krim aufhalten, aufgefordert, die Gegenden nicht zu verlassen, die von den geltenden bilateralen Vereinbarungen festgelegt sind.

„Ich wende mich an die Führung der russischen Schwarzmeerflotte mit der Forderung – alle Angehörigen müssen in den Grenzen der Territorien bleiben, die von der Vereinbarung festgelegt sind. Beliebige Bewegungen außerhalb dieser Territorien werden als Militäraggression bewertet“, sagte er am Donnerstag im ukrainischen Parlament.

13:39

Vertreter der „Selbstverteidigungskräfte der russischsprachigen Bevölkerung“ der Halbinsel Krim haben am Donnerstag Verhandlungen mit dem Ministerpräsidenten der Autonomie, Anatoli Mogiljow, abgelehnt.

Am Donnerstagmorgen hatte eine Einheit der Selbstverteidigungskräfte die Gebäude des Parlaments und des Ministerrates der Krim in Simferopol besetzt.

Wie der Ministerrat auf seiner Webseite mitteilt, erklärten Vertreter dieser Kräfte bei einem Gespräch mit Mogiljow in der Eingangshalle des Regierungsgebäudes, sie seien „nicht bevollmächtigt, Verhandlungen zu führen und Forderungen zu stellen“.

Der Premier übergab ihnen seine Telefonnummern für weitere Kontakte und für die Regelung der Situation.

Wie RIA Novosti erfuhr, bezeichnen sich die Einheiten, die die Gebäude besetzt haben, als Kräfte der Selbstverteidigung der russischsprachigen Bevölkerung.

Auf dem Territorium der Halbinsel bilden sich weitere Selbstverteidigungseinheiten, die sich nach Simferopol, dem Verwaltungszentrum der Autonomie, begeben.

13:52

Die Inlandstruppen und die Polizei sind wegen Besetzung des Parlaments und der Regierung der Krim in Alarmbereitschaft versetzt worden, schrieb der ukrainische Übergangsinnenminister Arsen Awakow am Donnerstag auf seinem Facebook-Account.

Die Besetzer seien seinen Worten zufolge mit automatischen Waffen und Maschinengewehren bewaffnet.

Der Premierminister der Autonomen Republik Krim Anatolij Mogiljow versuchte, mit den Personen, die den Ministerrat und den Obersten Rat der Krim besetzten, zu verhandeln. Aber die Verhandlungen scheiterten.

Die ukrainische Staatsanwaltschaft leitete ein Strafrechtsverfahren nach dem Artikel „Terroranschlag“ wegen der Besetzung des Obersten Rates und des Ministerrates der Krim ein.

14:14

Der ukrainische Präsident Viktor Janukowitsch, der nach den Ereignissen in diesem Land von der Opposition für zurückgetreten erklärt wurde, hat die russischen Behörden um persönliche Sicherheit gebeten.

„Ich und meine Mitkämpfer bekommen Drohungen mit dem Tod. Ich muss die russischen Behörden bitten, mich vor Handlungen der Extremisten zu schützen“, heißt es in einer Erklärung von Janukowitsch.

14:41

Wie der gestürzte ukrainische Präsident Viktor Janukowitsch in seiner Botschaft an das ukrainische Volk mitgeteilt hat, hatte er der Armee die Einmischung in die innenpolitischen Geschehnisse in der Ukraine nicht befohlen und wird dies auch jetzt nicht tun.

„Falls jemand derartige Befehle den Streitkräften und Sicherheitskräften erteilen wird, werden solche Befehle gesetzwidrig und verbrecherisch sein“, heißt es in seiner Botschaft.

14:45

Viktor Janukowitsch glaubt, dass das Abkommen, das am 21. Februar durch ihn und die Anführer der ukrainischen Opposition in Kiew unterzeichnet wurde, nicht erfüllt worden ist, heißt es in seiner Ansprache an das ukrainische Volk.

„Ich glaube, das Abkommen über die Regelung der ukrainischen Krise, das durch mich und die Anführer der ukrainischen Opposition in Anwesenheit der geehrten westlichen Partner unterzeichnet wurde, ist nicht erfüllt worden“, so Janukowitsch.

17:28

Das ukrainische Parlament hat Arseni Jazenjuk am Donnerstag im Amt des Ministerpräsidenten bestätigt.

Der Fraktionschef der Partei „Batkiwschtschina“ war von der Koalition „Europäische Wahl“ aufgestellt worden, die am selben Tag von der Obersten Rada ins Leben gerufen worden war.

Für Jazenjuk als Regierungschef haben 371 Abgeordnete bei notwendigen 226 Stimmen votiert.

21:11

Der Oberste Rat (Parlament) der Krim hat für den 25. Mai eine Volksbefragung über die Erweiterung der Vollmachten der Autonomie angesetzt.

Die Frage beim Volksentscheid lautet: „Unterstützen Sie die staatliche Selbstbestimmung der Krim als Teil der Ukraine auf der Grundlage der internationalen Verträge und Abkommen?“

„Für die Ansetzung des Referendums stimmten 61 Abgeordnete. Im Sessionssaal waren 64 Menschen“, teilte ein Mitarbeiter des Pressedienstes des Obersten Rates der Krim mit.

Freitag, 28. Februar

- Ukrainische Regierung gibt Janukowitsch die Schuld an der Nichteinhaltung der Vereinbarungen vom 21. Februar
- Regierungsbäude der Krim wird von „Selbstverteidigungskräften“ kontrolliert, Redierung ist beurlaubt, Aksionow wird als neuer Regierungschef bestimmt
- Turtshinow setzt Generalstabschef ab
- Weißrussland bietet politisch Verfolgten Asyl an
- Kiew fordert Auslieferung Janukowitschs
- EU verkündet Bereitschaft zu Assoziierungsabkommen und erkennt neue Regierung an
- Aufruf einer Abgeordnetengruppe gegen die Putschisten
- Russland erklärt Bereitschaft, Berkut-Mitarbeiter einzubürgern
- Beginn der Ausstellung russischer Pässe in Simferopol

09:57

Das ukrainische Außenministerium hat Viktor Junukowitsch dafür verantwortlich gemacht, dass das vor einer Woche geschlossene Abkommen über die Regelung im Lande nicht erfüllt wurde, und aufgerufen, die Situation im Lande objektiv zu bewerten.

Damit nahm es Stellung zu einer Erklärung des russischen Außenamtes vom Vortag, in der darauf verwiesen wurde, dass das Abkommen vom 21. Februar nicht erfüllt wurde. Außerdem stellte das russische Außenministerium fest, dass in die neue Regierung in der Ukraine „Vertreter von National-Extremisten“ aufgenommen wurden. Des Weiteren wurden die ukrainischen Behörden aufgerufen, Schändungen von orthodoxen Kirchen und Denkmälern für die Helden des Großen Vaterländischen Krieges sowie anderen Denkmälern zu verhindern.

Große Besorgnis riefen in Moskau auch das Außerkraftsetzen des Sprachengesetzes und Initiativen hervor, die „zu einer weiteren Beeinträchtigung der Rechte der Minderheiten, zur Einschränkung der Medienfreiheit und zum Verbot der Tätigkeit einzelner politischer Parteien führen“.

„In der Ukraine wird dem Abkommen vom 21. Februar über die Regelung der Krise große Bedeutung beigemessen“, heißt es in der Erklärung des ukrainischen Außenministeriums. Das Parlament „unternimmt konsequent Schritte, die dieses Abkommen vorsieht“. „Die gesamte Verantwortung für die Nichteinhaltung des Abkommens“ trage Janukowitsch. Er sei „des Amtes enthoben worden“, weil er „sich selbst in einer für den Staat besonders verantwortungsvollen Zeit seiner Vollmachten entledigt hatte“.

12:23

Der heutige Freitag ist bereits der zweite Tag, der im Ministerrat der Krim für arbeitsfrei erklärt wurde, verlautete aus dem Pressedienst der Krim-Regierung. Das

Regierungsgebäude wird weiterhin von den „Selbstverteidigungskräften der russischsprachigen Bevölkerung“ der Halbinsel kontrolliert.

„Uns wurde gesagt, dass wir eventuell zurück ins Büro gerufen werden können“, teilte die Mitarbeiterin des Pressedienstes Irina Krasnowa RIA Novosti telefonisch mit. Am Vortag hatte das Krim-Parlament den bisherigen Premier Anatoli Mogiljow abgesetzt und Sergej Axjonow, Chef der Partei Russische Einheit, zum neuen Ministerpräsidenten der Autonomen Republik Krim ernannt.

Die Gebäude des Parlaments und des Ministerrates der Krim sind weiterhin von der Polizei abgeriegelt.

Über den beiden Gebäuden wehen seit Donnerstag die Flaggen der Autonomen Republik der Krim und der russischen Föderation.

13:00

Der neugewählte Regierungschef der Autonomen Republik Krim im Bestand der Ukraine, Sergej Aksjonow, hat bekanntgegeben, er halte Viktor Janukowitsch für den legitimen Landespräsidenten und werde sich ihm unterstellen.

Der Machtwechsel in der Ukraine hatte am vergangenen Wochenende stattgefunden. Das ukrainische Parlament, die Oberste Rada, hatte Janukowitsch entmachtet. Die Neuwahlen des Präsidenten sollen am 25. Mai durchgeführt werden.

14:50

Der amtierende ukrainische Präsident und Parlamentschef Alexander Turtschinow hat am Freitag Juri Iljin, den Generalstabschef und Oberbefehlshaber der ukrainischen Streitkräfte, abgesetzt, teilt die Webseite des Staatschefs mit.

Vor einigen Tagen hatte Iljin vor, mit dem Chef der Stadtadministration von Sewastopol, Fjodor Rubanow, Konsultationen abzuhalten, um das Zusammenwirken der Streitkräfte mit den örtlichen Behörden zu besprechen. Später wurde allerdings die Reise auf die Krim kurzfristig gestrichen.

15:48

Weißrussland könnte politisch verfolgten Bürgern der Ukraine das Asylrecht gewähren, wie der weißrussische Außenminister Wladimir Makej am Freitag in Riga nach einem Treffen mit seinem lettischen Amtskollegen Edgar Rinkevics sagte.

„Wenn wir uns davon überzeugen, dass solche Verfolgungen nur aus formellen Gründen, wegen anderslautender politischer Ansichten geschehen, könnten wir solchen Menschen möglicherweise politisches Asyl gewähren“, zitiert der Pressedienst des weißrussischen Außenministeriums Makej.

Dem Minister zufolge hat noch kein ukrainischer Bürger Weißrussland um politisches Asyl ersucht. Soviel er wisse, hielten sich keine Anhänger von Präsident Viktor Janukowitsch in Weißrussland auf, ergänzte Makej.

Der Minister betonte, dass Weißrussland die jüngsten Vorgänge in der Ukraine negativ bewerte. „Die Ukraine ist unser südlicher Nachbar. Wir sind durch Handels- und Wirtschaftsbeziehungen eng miteinander verbunden. Wir sprechen faktisch eine Sprache und unsere beiden Völker sind einander sehr nah. Deshalb empfinden wir das Geschehen in der Ukraine als Tragödie“, so Makej. Weißrussland sei daran interessiert, dass die Ukraine auch weiterhin ein souveräner, unabhängiger und territorial ganzheitlicher Staat bleibe, so der Minister.

16:44

Die ukrainische Staatsanwaltschaft will die Abschiebung des abgesetzten ukrainischen Präsidenten Viktor Janukowitsch in die Ukraine fordern, wenn die Informationen über seinen Aufenthalt in Russland offiziell bestätigt werden, teilte die Behörde am Freitag auf ihrer Internetseite mit.

Der Haftbefehl gegen Janukowitsch sei von einem Kiewer Gericht bereits erlassen worden.

Zuvor hatte die Ermittlungsverwaltung bei der ukrainischen Staatsanwaltschaft mitgeteilt, Janukowitsch werde auf vorsätzliche Tötung und Amtsmissbrauch verdächtigt.

17:29

Die Europäische Union will laut dem Sprecher der EU-Kommission, Olivier Bailly, die neue ukrainische Regierung als legitim anerkennen und ist zur Zusammenarbeit bereit.

„Wir stellen fest, dass diese Regierung mit einer Verfassungsmehrheit in der Rada (ukrainisches Parlament) bestätigt wurde, und erachten sie in dieser Etappe als Partner. Wir erkennen die Legitimität dieser Regierung an“, sagte Bailly am Freitag.

Zugleich enthielt er sich einer klaren Antwort auf die Frage, ob die EU bereit sei, ein Assoziierungsabkommen mit dieser Regierung zu unterzeichnen, ehe die für den 25. Mai angesetzte Präsidentenwahl stattgefunden hat.

„Die ukrainischen Behörden müssen eine souveräne Entscheidung treffen, ob sie gewillt sind, das Abkommen zu unterzeichnen. Sie müssen uns davon auf die Weise in Kenntnis setzen, die mit ihrer Verfassung am besten übereinstimmt“, betonte er.

Das europäische Portal EurAktiv hatte zuvor unter Berufung auf den ukrainischen EU-Botschafter Konstantin Jelissejew mitgeteilt, dass der EU-Gipfel am 20. und 21. März ein geeigneter Unterzeichnungstermin wäre.

Das Assoziierungsabkommen darf gemäß der ukrainischen Verfassung entweder vom Präsidenten oder vom Premier oder von einem Minister signiert werden, der über ein entsprechendes Mandat verfügt, so Jelissejew.

18:58

Eine Gruppe von Abgeordneten des ukrainischen Parlaments hat an die Mitbürger, die Weltgemeinschaft und die Politiker appelliert, mit den „Verbrechern“, die durch einen Staatsstreich die Macht im Land ergriffen hätten, nicht zusammenzuarbeiten, ihre Macht nicht anzuerkennen und den „außer Rand und Band geratenen Extremisten“ Einhalt zu gebieten.

„Wir Gruppe von Abgeordneten der Obersten Rada der Ukraine wenden uns an Sie im Zusammenhang mit den tragischen Ereignissen in unserem Land. Wir haben keine Zweifel daran, dass die paramilitärischen Nazi-Formationen in der Hauptstadt unseres Heimatlandes, Kiew, mit uneingeschränkter Unterstützung der so genannten demokratischen Opposition und bei totaler Passivität des Präsidenten der Ukraine faktisch einen Staatsstreich vollzogen haben“, hieß es in dem Dokument, das RIA Novosti zugegangen ist.

Die Autoren, darunter Igor Kaletnik und Wladimir Olejnik, heben hervor, dass „die Verfassung der Ukraine mit den Füßen zertrampelt worden“ sei. Das Land sei von einer Welle von Gewalt, Pogromen, Morden und Brandstiftungen erschüttert worden. Die Ukraine versinke langsam in Chaos, Gesetzlosigkeit und Gewalt.

„Die Oberste Rada, die die Verfassung in grober Weise verletzt, ist zu einem völlig illegitimen Machtorgan geworden und widerspiegelt die Meinung des Volks der Ukraine nicht“, wird unterstrichen.

„Diejenigen, die heute mit den Banditen kollaborieren und verfassungswidrige Gesetze in der Obersten Rada automatenhaft stempeln, tun dies entweder aus Angst und unter Druck oder begreifen im Grunde nicht, dass die Faschisten die Macht in der Ukraine an sich reißen wollen“, so die Abgeordneten. Sie äußern Bedauern darüber, dass „die so genannten demokratischen Länder mittels verschiedener Sanktionen ebenfalls zu Erpressung und Druck greifen, und zwar nicht nur gegen die Politiker, die sich der Gesetzlosigkeit widersetzen, sondern auch gegen ihre Familienangehörigen“.

Die Autoren fordern ihre Parlamentskollegen auf, „mit der verbrecherischen Macht nicht zusammenzuarbeiten und sie nicht anzuerkennen“, „allerorts Freiwilligen-Abteilungen zur Aufrechterhaltung der Ordnung zu bilden“, „Verbindungen untereinander herzustellen und den außer Rand und Band geratenen faschistischen Extremisten organisiert Einhalt zu gebieten“. Die Verfasser bringen die Überzeugung zum Ausdruck, dass das Chaos und die Gesetzlosigkeit bald der Vergangenheit angehören werden. „Wir erlauben es nicht, die Verfassung des Landes, die legitimen Rechte, die demokratischen Freiheiten und die Sicherheitsgarantien der Bürger mit Füßen zu treten“, wird unterstrichen.

Die Verfasser sind überzeugt, dass „eine unabwendbare Strafe die Verbrecher und ihre Handlanger für den von ihnen vollzogenen Staatsstreich erwartet“.

22:18

Russland wird Angehörige der von den neuen Machthabern in Kiew aufgelösten Polizei-Sondereinheit Berkut einbürgern.

Das Generalkonsulat Russlands in der Krim-Hauptstadt Simferopol ist angewiesen worden, mit der Vergabe russischer Pässe an Berkut-Leute so schnell wie möglich zu beginnen, teilte das russische Außenministerium am Freitag auf seiner Facebook-Seite mit.

23:04

Das Generalkonsulat von Russland in der Stadt Simferopol auf der Krim startet die Ausstellung russischer Pässe für die Bürger der Ukraine, Kämpfer der Polizeispezialeinheit "Berkut", berichtet das russische Außenministerium.

Russlands Regionen erklären sich bereit, "Berkut"-Kämpfer und andere Bürger der Ukraine, die in eine schwierige Situation geraten sind, auf ihrem Territorium unterzubringen und ihnen Arbeitsplätze zu vermitteln.

Sergej Aksjonow, Premierminister der Krim, hatte zuvor erklärt, dass die russischen Behörden und die Krim-Führung sich geeinigt hatten, „Finanzhilfen an die Ukraine für die Autonome Republik Krim bereitzustellen“.